



Volker Mayer-Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Bodensee

Abgeordnetenbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 227 – 74 123
Fax: (0 30) 227 – 76 478
Volker.mayer-lay@bundestag.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

Berlin, 05. Oktober 2022

Volker Mayer-Lay: Reaktion der Regierung auf die zunehmende Zahl von Phishing-Anrufen ungenügend

Bürgerinnen und Bürger sehen sich aktuell einer Flut an so genannten Phishing-Anrufen ausgesetzt. Viele solcher Berichte hat der Bundestagsabgeordnete Volker Mayer-Lay in den vergangenen Wochen aus seinem Wahlkreis erhalten. Dabei geben die Anrufer vor, von Europol, einem Geheimdienst oder einer sonstigen Sicherheitsbehörde zu kommen. Sie verfolgen dabei das Ziel, persönliche Daten des Angerufenen wie Adressen und Bankverbindungen oder andere intime Details in Erfahrung zu bringen, um diese gewinnbringend weiterzuvertreiben.

Volker Mayer-Lay MdB engagiert sich in diesen Fragen als Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz und fordert: „Die Bundesregierung muss Maßnahmen wie etwa das Sperren der verwendeten Nummern ergreifen, sodass der Staat seinen Schutzpflichten gegenüber dem Bürger nachkommt.“ In einer schriftlichen Anfrage an die zuständige Stelle bei der Bundesregierung forderte er eine Auskunft darüber ein, wie die Bundesregierung plane, die Menge derartiger Anrufe in der Zukunft zu reduzieren.

Die Antwort durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) war allerdings enttäuschend und verwies vor allem auf präventive Maßnahmen und wohlwollende Informationen gegenüber der Bevölkerung.

Danach sollten Bürgerinnen und Bürger keine persönlichen Daten wie E-Mail-Adressen, Passwörter, Kontonummern oder ähnliches am Telefon weitergeben. „Eine Binsenweisheit, für die die Bevölkerung keine Belehrung braucht“, so Mayer-Lay.

Die Menschen wünschen sich ein sichtbares und aktives Eingreifen der zuständigen Stellen in der Regierung, so der Abgeordnete für den Wahlkreis Bodensee. „Denn sonst wird die Verantwortung im Endeffekt auf die Bevölkerung abgewälzt.“

Die Abschaltung von Rufnummern könne laut Bundesamt nicht erfolgen, da überwiegend gefälschte Rufnummern aus dem Ausland genutzt werden. Hier wünscht sich Mayer-Lay ein engagierteres Vorgehen. „Mindestens in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern ist über Authentifizierungssysteme nachzudenken, um die Nutzung gefälschter Nummern zu erschweren. Sonst kapituliert unser Rechtsstaat de facto.“

Anbieter von Telekommunikationsdiensten sollen nach dem Telekommunikationsmodernisierungsgesetz künftig sicherstellen, dass nur dann eine deutsche Rufnummer angezeigt wird, wenn der Anruf tatsächlich aus dem Inland kommt. Der Eintrittsweg der Verbindung in das deutsche Netz soll eindeutig gekennzeichnet werden und Angerufene sollen die Möglichkeit haben, Anrufe mit unterdrückter Rufnummer einfach und unentgeltlich ablehnen zu können.

„Alles in allem Schritte in die richtige Richtung“, allerdings wird damit erneut die Verantwortung weggeschoben – diesmal auf die Anbieter der Telekommunikationsdienste. Mittlerweile scheint diese Form der Politik für die Ampel ein übliches Regierungsmittel zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zurecht, ob auch die Regierung selbst eigene Schritte unternimmt und nicht nur die Verantwortung weiterschiebt“, so der Bundestagsabgeordnete.

Die Neuregelungen sind durch die Telekommunikationsdienste spätestens ab dem 1. Dezember 2022 zu erfüllen. „Wieder einmal agiert die Ampel hier zu spät. Bereits jetzt bräuchten die Bürgerinnen und Bürger eine aktive Regierung, die sich der Probleme annimmt und wirkungsvolle Maßnahmen ergreift“, so Mayer-Lay.